



Claus Matecki, DGB-Bundesvorstandsmitglied

Rede

Verbraucherschutz in die Finanzaufsicht

Pressekonferenz mit Gerd Billen, Verbraucherzentrale Bundesverband
13. September 2010, Berlin DGB-Bundesvorstandsverwaltung

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

„Verbraucherschutz in die Finanzaufsicht“ ist der Titel der gemeinsamen Erklärung von DGB und vzbv, die wir Ihnen heute im Anschluss an diese Pressekonferenz präsentieren werden. Herr Billen wird auf den Verbraucherschutz noch näher eingehen. Der Anlass für unsere Pressekonferenz erfordert neben verbraucher-spezifischen auch makroökonomische Antworten.

Am 15. September 2008, also übermorgen vor zwei Jahren, schockte die Nachricht über den Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehmann Brothers die internationalen Finanzmärkte. Sie war zugleich eine Zäsur in der finanzmarktpolitischen Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems. Zwei Jahre danach gilt es Bilanz zu ziehen, ob die Staatengemeinschaft Lehren aus dieser Krise gezogen hat. Denn die Lehman-Pleite offenbarte die Systemkrise des Finanzmarktkapitalismus.

Zuerst einmal zu den Ereignissen, die durch die Pleite der Lehmann-Brothers Bank ausgelöst wurden:

Die Subprime-Krise verwandelte sich zuerst in den USA in eine Finanzmarktkrise und brachte das gesamte Banken- und Versicherungssystem an den Rand der Insolvenz. Es fand eine gigantische Kapitalvernichtung statt. Immer mehr Wertpapiere wurden toxisch und zu Ramsch-Papieren. Amerikanische Sparer wären ganz geprellt gewesen, wenn der Staat nicht eingesprungen wäre. Aber diese Krise blieb nicht einfach eine amerikanische.

Über die internationalen Verbriefungsmärkte verbreiteten sich die toxischen Papiere wie eine Epidemie auch in andere Länder.

Vor allem wurden die deutschen Banken wie IKB und Anleger wie die Kunden der Citibank zu Leidtragenden dieser Schieflage.

Das war aber erst der Anfang: Die Finanzmarktkrise zog auch die Realwirtschaft in ihren Sog und verursachte eine Wirtschaftskrise, vergleichbar mit der Großen Depression von 1929.

DGB-Bundesvorstand

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Web: <http://www.dgb.de>

Tel.: 030 / 240 60 - 0

Fax: 030 / 240 60 - 324



Deutschland war sowohl von der Finanzmarkt- als auch der Wirtschaftskrise stark betroffen.

Anders als in der Großen Depression haben diesmal Staatengemeinschaft, Politik, Zentralbanken, aber auch Gewerkschaften und Unternehmen mit wirksamen Maßnahmen rund um den Globus gehandelt. Die internationale Feuerwehr konnte schnell einen Flächenbrand verhindern.

Heute, zwei Jahre später, hat sich die Situation an den Finanzmärkten nur vordergründig stabilisiert. Nach wie vor bestehen große Risiken an den internationalen Finanzmärkten.

Das hat nicht zuletzt die jüngste Krise der Euro-Staaten gezeigt. Nach wie vor spekulieren Banken, Hedgefonds und so genannte Vermögensverwalter auf den Rohstoffmärkten, auf den Lebensmittelmärkten, auf den Devisenmärkten, auf den Aktienmärkten. Sie spekulieren auch gegen Staaten und gegen Währungen wie den Euro. Die Attacken gegen den Euro und Euro-Staaten gleichen nahezu der organisierten Kriminalität.

Deregulierung, Liberalisierung und Flexibilisierung haben uns eine Welt voller Unsicherheiten beschert, die für den größten Teil der Volkswirtschaften und Menschen neue Risiken und für einen kleineren Teil der Finanzmarktakteure gigantische Einkommens- und Gewinnquellen bedeuten.

Meine verehrten Damen und Herren,

Wir haben direkt nach dem Ausbruch der Krise unsere Gegenvorschläge in dem Ihnen vorliegenden Flyer „Investieren statt Spekulieren“ formuliert. Es geht um die Stabilisierung der Wechselkurse innerhalb einer festen Bandbreite, um Devisenspekulationen zu beseitigen.

Darüber hinaus geht es um eine bessere Regulierung des Bankensystems bis hin zur Entmachtung von Ratingagenturen und der Austrocknung von Steueroasen. Einige Punkte aus unserem Forderungskatalog beginnt die Bundesregierung und die Kommission umzusetzen, doch vieles fehlt noch.

Wir fordern einen Haftungsverbund für Banken, in den die Geldinstitute einzahlen.

Das nennt die Bundesregierung Bankenabgabe. Auch wenn wir die Details kritisieren - die Stoßrichtung stimmt. Wir haben die Notwendigkeit einer effektiven Finanzaufsicht auf internationaler Ebene gefordert.

In diesen Tagen wurde eine Richtlinie zur Gründung einer Europäischen Aufsichtsbehörde geschaffen. Auch hier stimmt die Richtung.

Wir haben immer vor der Zerstörungskraft der deregulierten Finanzmärkte und ihren Produkten gewarnt. Um Spekulationen zu reduzieren, haben wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen der Zivilgesellschaft die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert.

Die Bundesregierung war zunächst dagegen, später wollte sie sie gegen eine Bankenabgabe austauschen und schließlich setzte sie sich halbherzig, für ihre Einführung ein.



Doch letzte Woche haben die EU-Finanzminister die Entscheidung darüber vertagt. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich energisch für die Einführung der Finanztransaktionssteuer in der Eurozone einzusetzen.

Nach den jüngsten Äußerungen vom Urheber dieser Idee, dem Ökonomen Stephan Schulmeister, wäre die Einführung von Teilen der Finanztransaktionsteuer auch national möglich.

Sie bringt dem Staat Geld und verteuert zugleich die Wettgeschäfte, die auf geringe Arbitrage setzen. Denn bei einem derart geringen Steuersatz von 0,05 Prozent oder 0,1 Prozent sind Ausweich- bzw. Abwanderungsreaktionen kaum zu erwarten. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die verschiedenen Wertpapiersteuern hinweisen, die in einzelnen Ländern erhoben werden – so zum Beispiel in Belgien, Finnland, Griechenland, Irland, Malta, Polen und Großbritannien. Sogar die Schweiz und einige Staaten der USA besteuern einzelne Wertpapiergeschäfte. „Es geht doch!“, möchte man da rufen.

Eine weitere Forderung ist die rasche Einführung eines Finanz-TÜVs, der bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angesiedelt werden kann. Arbeitnehmer als Anleger müssen sich auf ein zuverlässiges Urteil verlassen können. Denn es sind in der Regel hochkomplexe Produkte, die die Bank-Kunden nicht durchschauen können.

Oft verstehen selbst die Bank-Angestellten die Risiken solcher Produkte nicht. Ein Finanz-TÜV muss nach Maßgabe des volkswirtschaftlichen Nutzens gute und sinnvolle Produkte von spekulativen unterscheiden und darf letztere einfach nicht zulassen.

Ich möchte an dieser Stelle auf die Situation der Bank-Angestellten eingehen, die leider in einer zwiespältigen Situation stehen zwischen den Anleger-Interessen einerseits und den Gewinn-Interessen ihrer Arbeitgeber, in der Regel die Banken. Und das betrifft nicht nur die Privatbanken. Der Verkaufsdruck auf die Bank-Angestellten erhöht sich kontinuierlich. Ein aktuelles Beispiel soll diese falsche Entwicklung illustrieren:

Statt mit ver.di zu verhandeln, sucht sich der Arbeitgeberverband der Volksbanken und Raiffeisenbanken (AVR) willfährige Verbände aus, die zwar kaum Mitglieder in der Branche haben, dafür aber nach seiner Pfeife tanzen.

Ein anderes Beispiel:

Die Verbände DBV – Deutscher Bankangestellten Verband und DHV – Die Berufsgewerkschaft - haben 2008 einen Tarifvertrag unterschrieben, der bis zu 14 Prozent variable Bestandteile des Jahresgehaltes zulässt.

Das bedeutet, dass die Beschäftigten nahezu zwei Monatsgehälter im Jahr verlieren können, wenn sie die häufig überhöhten Zielvorgaben nicht schaffen. Solche Abschlüsse sind aus unserer Sicht für die Kolleginnen und Kollegen untragbar.

Wir erwarten, dass die völlig überzogene Variabilisierung der Gehälter zurückgenommen wird.



Schon vor der Krise konnte man immer wieder von Fehlberatung der Banken lesen. Doch war eine solche tarifliche Regelung bereits vor der Krise falsch, so ist sie es nach der Finanzmarktkrise umso mehr.

Kunden und Bankberaterinnen und -berater leiden dabei unter kaum zu erreichenden Zielvorgaben. Berater sind oftmals gezwungen, dem Kunden Produkte zu verkaufen, die dieser nicht braucht und die mit hohen Risiken verbunden sind.

Ein "Verkaufen auf Teufel komm raus" widerspricht der Arbeitsethik der meisten Kundenberater. Psychische Beeinträchtigungen als Folge eines dauerhaften „gegen seine Überzeugung handeln“ sind daher nicht selten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Funktionierende, transparente und effiziente Kapitalmärkte sind nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dringend notwendig. Wir fordern deshalb statt weiterer Sonntagsreden endlich wirksame Taten von der Politik: Die Finanzmärkte müssen reguliert und die Banken und Finanzinstitute an die Kette gelegt werden.

Der kürzlich vorgelegte Diskussionsentwurf aus dem Bundesfinanzministerium zur Stärkung des Anlegerschutzes ist deshalb ein aus unserer Sicht erster richtiger Schritt.

Wir fordern:

- Kein Finanzprodukt darf zukünftig ohne Aufsicht bleiben.
- Aufsichtslücken müssen geschlossen werden,
- die Kontrolle des Verkaufs muss zugunsten fairer Arbeitsbedingungen in den Banken und anlagerechter Verbraucherberatung vorangetrieben werden.

Das Geld der Verbraucherinnen und Verbraucher, die Ersparnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nie wieder unwiederbringlich vernichtet werden.

Dies ist die Lehre nach zwei Jahren Zusammenbruch der Lehmann Brothers Bank.